

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 8/2011

21. September 2011

Korruption ist kein Kavaliersdelikt

Die aktuelle Diskussion über Unehrlichkeit in der Politik hat die Debatte des dieswöchigen Nationalratsplenums eingeleitet. Wir von der ÖVP haben dabei unmissverständlich klargestellt, dass alle Verdachtsfälle geklärt werden müssen. Es geht um das Ansehen der Politik im allgemeinen.

Wir haben aber auch klargelegt, dass wir die oft gepflogene politische Einseitigkeit von Ermittlungen ablehnen. Es ist daher notwendig, den im SPÖ-Umfeld von Kanzler Faymann aufgetauchten Verdachtsmomenten rund um zweifelhafte ÖBB-Inseratenvergaben genauso intensiv nachzugehen wie anderen Fällen.

Im Justizministerium wird derzeit ein Gesetzesvorschlag vorbereitet, um die Politik so transparent wie möglich zu machen. Es geht um klarere Regelungen zur Parteienfinanzierung, um maximale Transparenz bei Inseraten, um ein Lobbyinggesetz und eine Art "Kronzeugenregelung".

Hochschulwesen muss finanzierbar bleiben

In der Aktuellen Stunde des Nationalrats hat Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle sein Modell zur Finanzierung der Universitäten vorgestellt. Auf Basis eines Hochschulplans sollen die Leistungen und die Finanzierung der Universitäten bzw. Fachhochschulen gesichert werden. Die Universitäten sollen selbst die Möglichkeit bekommen, sozial gestaffelte Studiengebühren einzuheben. Für die sehr überlaufenen Studien braucht man Zugangsregelungen und Kapazitätsgrenzen.

Volksanwälte erledigten viele Bürgeranliegen

15.265 Bürger haben sich 2010 mit ihren Anliegen an die drei Volksanwälte gewandt. Das geht aus dem Jahresbericht der Volksanwaltschaft an das Parlament hervor. Eingeleitet wurden 6.613 Prüfverfahren. Davon bezogen sich 4.125 auf die Bundesverwaltung, 2.487 auf die Landes- und Gemeindeverwaltung.

An die Volksanwaltschaft kann sich jeder Bürger wenden, der einen Mangel oder Missstand in der Verwaltung ortet. Täglich zwischen 8.00 und 16.00 Uhr sind ein telefonischer Auskunftsdienst (01/51505-100) und eine kostenlose Servicenummer (0800/223 223) in Betrieb. Im Internet (www.volksanwaltschaft.gv.at) kann ein Beschwerdeformular ausgefüllt werden. Daneben halten die drei Volksanwälte auch Sprechstage in den Bezirkshauptmannschaften ab. Für die ÖVP gehört die ehemalige Abgeordnete Gertrude Brinek der dreiköpfigen Leitung der Volksanwaltschaft an.

Parlamentsführungen

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an jedem Werktag möglich.

Mit den besten Wünschen

Franz Glaser
Abgeordneter zum Nationalrat